

# Partei der Vernunft und das Kleinparteiensyndrom im Sommerloch

117 Anschriften von deutschen Parteien enthält die aktuelle Liste des Bundeswahlleiters. 49 Vereinigungen haben dem Bundeswahlleiter angezeigt, sich an der Bundestagswahl 2009 beteiligen zu wollen. Das Kleinparteiensyndrom entstand, weil die etablierten Parteien sich nicht aus dem Lobbyismus lösen. Der Filz mit einer Staatsquote von schätzungsweise 50 Prozent läßt die Bundesrepublik Deutschland zu einem Land alimentierter und ausgebeuteter Bürger erstarren. Bürgerinitiativen und Stiftungen, Petitionen und Journalismus können die politische Landschaft nicht nachhaltig weiterentwickeln. Der Weg in die Parlamente führt meistens über Parteien.

Ist die am 30. Mai 2009 gegründete 'Partei der Vernunft' eine der vielen Kleinparteien, die kommen und gehen, während nur eine Handvoll Parteien über den Deutschen Bundestag und die Medien ins öffentliche Bewußtsein dringen? Die 'Partei der Vernunft' verfügt über ein umfassendes Rahmenprogramm, das größere Wählergruppen und erfahrene Politiker anspricht. Eindeutiger Fokus sind mittelfristige und langfristige Ziele in der Bundespolitik und in der Europapolitik. Da eine ideologische Enge auf links, mitte oder rechts kein Beweggrund zur Parteigründung war, werden sich Politiker aus vielen Lagern der 'Partei der Vernunft' anschließen können, ohne sich verbiegen zu müssen.

Das Kandidieren in der Kommunalpolitik und in der Landespolitik wird nicht ausgeschlossen, hängt aber direkt von der Initiative einzelner Parteimitglieder ab, die dann vom Bundesvorstand gezielt gefördert werden. Regionale und inhaltliche Sonderinteressen werden nicht verfolgt, auch wenn es im Laufe der Jahre hierzu Stellungnahmen und Meinungsäußerungen geben kann. Proteste und ideologische Streitereien überläßt die 'Partei der Vernunft' den vielen Bürgerinitiativen und Parteien, die Kleinparteien bleiben. Laut Artikel 18 des Parteiengesetzes müssen mindestens 0,5% der Zweitstimmen bei einer Bundestagswahl bzw. 1% bei einer Landtagswahl erreicht werden, um die Wahlkampfkosten zu erstatten. Da der am 26. April 1997 angemahnte "Ruck durch Deutschland" inzwischen einem "Druck auf Deutschland" gewichen ist, kann es für die 'Partei der Vernunft' nur noch um große Ziele gehen. Positionen aus dem Parteiprogramm der 'Partei der Vernunft' tauchen bei etlichen Wahlprogrammen anderer Kleinparteien zur Bundestagswahl 2009 auf. Warum? Es gibt Herausforderungen, die sind offensichtlich. Wähler, Parteimitglieder und Politiker werden sich der 'Partei der Vernunft' in monatlich wachsender Anzahl anschließen, weil es keine Alternative gibt.

Die neun Bundesvorstände der 'Partei der Vernunft' organisieren sich und bereiten das Gründen von Landesverbänden entsprechend der föderalistischen Ordnung der Länder vor. Gleichzeitig spezialisiert sich jeder Bundesvorstand nach innen und nach außen schwerpunktmäßig mit ein oder zwei Punkten des beschlossenen Parteiprogrammes. Parteimitglieder ihrerseits sind aufgerufen, diesem Muster zu folgen und sich bei ihrer Parteilarbeit und Überzeugungsarbeit auf konkrete Themen zu konzentrieren, um die Schlagkraft der "Partei der Vernunft" insgesamt zu bilden.

Steuern - Oliver Janich, Bundesvorsitzender: "PDV könnte auch für „Partei der Verfassung“ stehen. Unser Ziel ist es, den beiden wichtigsten Artikeln des Grundgesetzes wieder zur Geltung zu verhelfen. Ein Mensch ohne Arbeit verliert langfristig auch seine Würde. Ironischerweise ist es genau Artikel 2 Grundgesetz, dessen strikte Beachtung alle Menschen in Deutschland wieder in Arbeit bringen würde. Der Staat zieht im Schnitt die Hälfte des Einkommens seiner arbeitenden Bevölkerung ein. Damit kann der Bürger seine Persönlichkeit nicht frei entfalten, denn er arbeitet die Hälfte des Jahres als Sklave für den Staat."

Bürokratieabbau - Hans Kolpak, Mitglied des Bundesvorstands: "Bürokratiewahnsinn entwickelte sich in großen Organisationseinheiten mit Eigendynamik. Nur Behörden, die sich auf hoheitliche Aufgaben reduzieren und die Finger von fiskalischen Aufgaben lassen, schaffen die Wende zu mehr Wohlstand und Freiheit für alle Bundesbürger und Einwohner! Der Gesetzgeber hat keine Umverteilungsmaschinerie geschaffen, sondern einen gierigen Moloch, der das Bruttosozialprodukt aufzehrt."

Arbeitsmarkt - Gerhard Breunig, Bundesgeneralsekretär: "Die steigende Zahl der Arbeitssuchenden in Deutschland zeigt deutlich, dass es erhebliche Fehlentwicklungen in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen gibt. Nur wer den Mut hat, den „Gordischen Knoten“ aus Überregulierung, Bürokratismus und Umverteilungswahn zu zerschlagen, kann Arbeitslosigkeit dauerhaft beenden und genügend sichere Arbeitsplätze für alle schaffen."

Europa - Dieter Ber, stellv. Bundesvorsitzender "Wir unterstützen die Verfassungsklagen gegen den Lissabon-Vertrag. Das EU-Parlament muss entweder mehr Rechte bekommen oder abgeschafft werden. In diesem Fall soll sich die EU auf eine Zoll-, Währungs- und Verteidigungsunion beschränken. Wir fordern eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung, auch wenn die Klagen endgültig scheitern sollten. Alles andere wäre grundgesetzwidrig, wie Professor Karl Albrecht Schachtschneider in seiner Klageschrift überzeugend darlegt."

Umweltschutz - Oliver Janich, Bundesvorsitzender: "Solange Gewinne privatisiert, Verluste aber sozialisiert werden, gibt es keinen nachhaltigen Umweltschutz. Viele Produkte, die auf Kosten des Steuerzahlers hergestellt werden, würde es nicht geben. Und das wäre gut so. Ein Beispiel dafür, wie die Dinge auf den Kopf gestellt werden, ist das Kohlendioxid: Alle Maßnahmen, den Kohlendioxid ausstoß zu reduzieren, sollten eingestellt werden. Kohlendioxid kommt nur zu 0,04 % in der Luft vor. 1,2 Prozent davon stammen aus technischen Geräten, 2 % aus der Atemluft und 97 % aus weiteren natürlichen Quellen. Ohne Kohlendioxid gibt es kein Leben auf dieser Erde, weil Pflanzen es verbrauchen und Sauerstoff abgeben. Kinder lernen in der Schule, was Photosynthese bedeutet. Die jetzigen EU-Auflagen kosteten deutsche Bürger bereits mehr als 900 Milliarden Euro. Der Mensch hat nachweislich keinen signifikanten Einfluss auf das Wetter. Zuerst steigt die Temperatur und erst dann der Kohlendioxidgehalt der Atmosphäre. Solche Schwankungen sind völlig normal und gefahrlos für das Leben auf der Erde. Kohlendioxid kann also höchstens die Folge, aber niemals die Ursache einer Erwärmung sein. Seit 2001 sinken die Temperaturen weltweit. Das Wetter ändert sich. Das Klima schwankt."

Justiz - Jörg Brechlin, Mitglied des Bundesvorstands: "Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit ohne Zensur, sind mit Artikel 5 des Grundgesetzes respektive Art. 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auf der Ebene der Vereinten Nationen allen Menschen garantiert. Durch Internetzensur, Vorratsdatenspeicherung und Onlinedurchsuchungen, Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen, Erfassung biometrischer Merkmale auf nationaler wie internationaler Ebene werden unsere bürgerlichen Grundrechte mit Füßen getreten und fördern zugleich den Panoptismus unserer Gesellschaft, bei gleichzeitiger Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Diesen Trend gilt es zu brechen, umzukehren sowie die direkte Demokratie, z.B. durch Initiierung einer Volksabstimmung zum Vertrag von Lissabon, zu fördern."

Landesverteidigung - Frank Albrecht, Mitglied des Bundesvorstands: "Konfliktherde in anderen Ländern wie zum Beispiel in Afghanistan sind kein Teil der Landesverteidigung. Hierzu haben Militärfachleute bereits bessere Konzepte entwickelt, mit den kurzfristig gute Erfolge erzielt werden. Das Konzept der Wehrpflicht muß reformiert werden. Für jeden Beruf gibt es hohe Anforderungen in Ausbildung und Qualifikation - egal ob Professor oder Handwerksmeister. Nur die Landesverteidigung soll von angelernten 20-Jährigen geleistet werden, die ein paar Monate in der Bundeswehr dienen! Wer denkt sich so etwas aus?"

Familienpolitik - Siegfried Panzer, Mitglied des Bundesvorstands: "Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland genoß finanzielle Familienförderung Priorität. Eine solche Politik sichert die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Jahrzehntelang war es selbstverständlich, dass Mütter ihre Kinder bis zum Erwachsensein durch das Leben begleiten, sie in langjähriger Erziehungsarbeit umsorgen und behüten. Oft wirken Mütter für die Familie bis zur Selbstaufgabe. Als Dank stehen sie im Alter mit leeren Händen da und fristen ihr Leben mit einer mageren Rente oder mit Sozialhilfe. Es kann nicht der Sinn moderner Familienförderung sein, dass Elternteile für ihren selbstlosen Einsatz auch noch finanziell abgestraft werden. Die Familie ist die Keimzelle des Staates."

Sozialversicherung - Jörg Brechlin, Mitglied des Bundesvorstands: "In der Vergangenheit sind unsere sozialen Sicherungssysteme bereits mehrfach an die Grenzen Ihrer Finanzierbarkeit gestoßen. Seither werden regelmäßig und in immer kürzerer zeitlicher Folge die Symptome behandelt, anstatt die Ursachen anzugehen. Die Zeit ist reif für eine Reform, eine Reform die ihren Namen auch verdient. Die Einführung einer privaten Bürgerversicherung gegen alle unverschuldeten Lebensrisiken sowie eines Bürgergeldes sind hierbei die vorrangigen Ziele."

Bildungspolitik - Dr. Frank Lowas, stellv. Bundesvorsitzender: "Die finanzielle Schiefelage in vielen Schulen, Fachhochschule und Universitäten ist offensichtlich. Die freie Auswahl einer Universität sollte selbstverständlich sein. Individuelle Studiengebühren hängen von der konkreten Haushaltssituation einer Universität ab und nicht von der jeweiligen Landespolitik. Großzügige zinslose Kredite im Rahmen des BAFÖG, Stipendien und Rückerstattung der Studiengebühren bei guten Leistungen sind wirkungsvoller als Subventionen nach dem Gießkannenprinzip. Sinnvoller sind massive Investitionen an den Schulen und das Stärken privater Fördermodelle."

Finanzwesen - Johannes Roßmanith, Bundesgeschäftsführer: "Unser Finanzsystem muss grundlegend reformiert werden. Dazu gehören alternative Geldformen, wie sie Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek forderte. Jede ausgegebene Banknote ist dann durch tatsächlich vorhandenes Gold oder einen anderen Sachwert hinterlegt. Solange unser Papiergeldsystem besteht, sollten wir den Mindestreservesatz von 100 Prozent für Kundeneinlagen fortlaufend aufbauen, wie Nobelpreisträger Milton Friedman vorschlug. Dann wären die Sichtguthaben und Sparguthaben bei einer Bankenpleite geschützt, da sie bei der Zentralbank hinterlegt wären. Die Banken müssten dann nicht mit Steuermilliarden gerettet werden. Eine immer inflationäre Ausweitung der Geldmenge durch Giralgeldschöpfung ist nicht mehr möglich."

Politikverdrossenheit, Staatsverdrossenheit und Nichtwähler sind Zeichen der Ohnmacht und Resignation. Doch wer dem Volk Raum für eine Stimme verleiht, erlebt Vergleichbares wie 1989: "Wir sind das Volk!" war mehr als nur ein Slogan. Es war zuerst eine kaum wahrnehmbare Stimme, die schließlich derart unüberhörbar laut anschwellte, daß am Grenzübergang Brandenburger Tor nicht mehr geschossen wurde, sondern aufgeregte Bürger auf die Mauer kletterten, sich wie unschuldige Kinder freuten und vor Freude weinten.

Es ist mal wieder so weit. Doch dieses Mal ist es nicht die Nikolaikirche in Leipzig, sondern twitter.com für eine Revolution im Netz. Die 'Partei der Vernunft' erreicht mehr, als nur die etablierten Parteien zu zwingen, sich mit brennenden Themen auseinanderzusetzen. Die 'Partei der Vernunft' ist durch die Wähler mehr als eine Kleinpartei. Die 'Partei der Vernunft' ist mehr als ein demokratisches Überdruckventil für engagierte Bürger. Die 'Partei der Vernunft' ist mehr als eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, um das öffentliche Leben mitzugestalten. Die 'Partei der Vernunft' ist mehr als ein Füllmittel für das Sommerloch 2009. Die 'Partei der Vernunft' ist die Alternative für die Bundestagswahl 2013.

Pressekontakt:  
Partei der Vernunft  
Bundesvorstand für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Hans Kolpak  
Zur Tanne 12  
26349 Jade  
Telefon: 04454 979720  
Telefax: 04454 979721  
Web: [www.ParteiderVernunft.eu](http://www.ParteiderVernunft.eu)  
E-Mail: [Hans.Kolpak@ParteiderVernunft.eu](mailto:Hans.Kolpak@ParteiderVernunft.eu)

Portrait der Partei:

Eine Kolumne des Wirtschaftsjournalisten Oliver Janich in FOCUS Money Anfang 2008 erzeugte erhebliche Resonanz bei deutschen Bürgern. Auf der Internetpräsenz [www.ParteiderVernunft.de](http://www.ParteiderVernunft.de) wurden Zug um Zug Ziele formuliert, die zur Parteigründung am 30. Mai 2009 in Hambach führten. Die 'Partei der Vernunft' verfolgt einen sorgfältigen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel. Damit hebt sie sich von allen Parteien ab, die sich in ihrer Arbeit auf einen speziellen Ansatz reduzieren. In einer parlamentarischen Demokratie ist eine Parteigründung das Mittel der Wahl, um politischen Einfluss zu gewinnen. Ziel der Parteimitglieder ist es, bei den Bundestagswahlen 2013 anzutreten und gleich im ersten Anlauf die 5-Prozent-Hürde zu überwinden.